



## Niederschrift

### 34. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 15.11.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	14471 Potsdam, Zeppelinstr. 14/115, Olympiastützpunkt Potsdam

---

#### Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Frau Nitsche, Juliane	DIE LINKE. PDS	Teilnahme für Frau Schulze
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE. PDS	Leitung der Sitzung
Frau Blume, Marie	SPD	Teilnahme ab 18.00 Uhr
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Teilnahme ab 18.00 Uhr
Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	Teilnahme ab 17.15 Uhr
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Frau Gülzow, Christine	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Hofmann-Lauer, Heike	CDU	
Herr Klamke, Volker	SPD	
Frau Stolpe, Anne	DIE LINKE. PDS	
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatl. Schulamt	
Frau Ewers, Josefine	FB Schule und Sport	
Herr Gessner, Torsten	BL Sport	
Herr Prof. Dr. Thiel, Wolfgang	Musikschule	
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	FB Öff. Weiterbildung	
Frau Fischer, Gabriele	Beigeordnete	

#### Nicht anwesend sind:

Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	Entschuldigt
Herr Kümmel, Harald	SPD	Unentschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	Entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	Entschuldigt
Herr Bohn, René	CDU	Unentschuldigt
Herr Rieger, Peter	DIE LINKE. PDS	Entschuldigt
Herr Stief, Norbert	SPD	Entschuldigt
Frau Wettstaedt, Bärbel	DIE LINKE. PDS	Unentschuldigt
Herr Weiberlenn, Dietmar	BL Schule	Entschuldigt

#### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 33. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung

- 2 Verfahren zur Errichtung von Leistungs- und Begabungsklassen ( LuBK) ab Klasse 5
- 3 Anliegen der Gesamtschule Peter-Joseph-Lenné
- 4 Landeswettbewerb "Jugend musiziert" 2007  
Bezug: Vorlage 04/SVV/0316
- 5 Überweisungen aus der SVV
- 5.1 Projektwerkstatt Lindenstraße 54  
Vorlage: 06/SVV/0567
- 5.2 Zaun am Luftschiffhafen  
Vorlage: 06/SVV/0659
- 5.3 Vorläufiges Ergebnis der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP  
Mitteilungsvorlage: 06/SVV/0850
- 5.4 "Public-Private-Partnership" an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten  
Mitteilungsvorlage: 06/SVV/0883
- 5.5 Zwischenbericht Regiebetrieb Luftschiffhafen  
Mitteilungsvorlage: 06/SVV/0878
- 5.6 Sprachentwicklung und Förderung naturwissenschaftlicher Grundkenntnisse von Kindern im Vorschulalter  
Mitteilungsvorlage: 06/SVV/0887
- 6 Mitteilung der Verwaltung
- 7 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 33. Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Niederschrift der 33. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme. Frau Fischer bittet darum, die TOP 5.3 und 5.4 laut ausgereicherter Tagesordnung nach TOP 5.1 zu behandeln. Die Ausschussmitglieder verständigen sich auf eine veränderte Reihenfolge.

Um 18.30 sind 7 Ausschussmitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

**Frau Drohla** beantragt Rederecht für Herrn Borowietz, Schulleiter des Leibniz-Gymnasiums, zu TOP 2.

**Frau Fischer** hält es für kompliziert über eine Schule zu sprechen, betroffen sind mehrere Schulen. Zu diesem Punkt ist heute Frau Knobloch, als Vertreterin des MBS, anwesend.

**Dr. Steinicke** lässt abstimmen. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder ist dafür, dass Herr Borowietz Rederecht erhält. Dr. Steinicke beantragt Rederecht für Herrn Müller, Schulleiter der Gesamtschule Peter-Joseph-Lenné, zu TOP 3. Es gibt keine Gegenstimmen.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der 33. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.**

**Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür**

**zu 2 Verfahren zur Errichtung von Leistungs- und Begabungsklassen ( LuBK) ab Klasse 5**

**Frau Knobloch** verweist auf die gesetzliche Grundlage. Das MBS hat im Mai 2006 die Landräte, Oberbürgermeister, Schulräte und Schulen informiert. Die Schulen hatten die Möglichkeit Konzepte einzureichen. 46 Schulen des Landes Brandenburg haben Konzepte beim MBS eingereicht. Danach erfolgte der Auftrag an die Staatlichen Schulämter und Schulträger einen abgestimmten Vorschlag herzustellen. Heute wurde das Ergebnis der Prüfung der Konzepte veröffentlicht. Sie verweist auf die Pressemitteilung vom 15.11.06. Die Schulen werden umgehend schriftlich über das weitere Verfahren informiert. Mit den abgelehnten Schulen wird das MBS intensive Arbeitsgespräche führen und ihnen mitteilen, warum es zur Ablehnung kam. Die formale Genehmigung der Leistungs- und Begabungsklassen ist erst möglich, wenn der Landtag das neue Schulgesetz beschlossen hat. Das gewählte Verfahren bietet Vorlaufzeit für die Arbeit in den Schulen und für eine intensive Beratung der Eltern. Die Anmeldung der Schüler ist erst nach Beschlussfassung zum Schulgesetz möglich. Im Januar wird es ein Schreiben an die Eltern der 4. Klassen geben um über das Verfahren zu informieren und zu orientieren. Darin werden die entsprechenden Anmelde- und Auswahlverfahren beschrieben. Man ist dabei, im Landtag die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um die Leistungs- und Begabungsklassen zum Schuljahresbeginn 2007/08 zu eröffnen. Der Schulträger muss, nach Erlass des Schulgesetzes, einen entsprechenden Beschluss zur Änderung des Errichtungsbeschlusses der jeweiligen Schule herbeiführen.

**Herr Borowietz** hatte das Gespräch mit dem MBS noch nicht und kennt daher nicht die Punkte des Konzeptes, die in Kritik waren. Er bringt die Enttäuschung der Schulkonferenz über die Ablehnung des Konzeptes des Leibniz-Gymnasiums zum Ausdruck. Die Vertreter der Schule glauben in den letzten Jahren Leistungsprofilklassen mit guter Qualität geführt zu haben, obwohl die Schule in schlechtem baulichen Zustand war. Eltern fanden das Konzept der Schule gut, haben ihr Kind aber aufgrund des Baubeginns nicht angemeldet. Die Schule wird auch aus dem Einzugsbereich Stahnsdorf gut angewählt. Zur Zeit ist eine Konzentration der Leistungs- und Begabungsklassen in der Innenstadt zu erkennen. Gegenwärtig wird viel Geld für die Sanierung des Leibniz-Gymnasiums ausgegeben. Der Schulstandort wird durch politische Entscheidung gestärkt und unterstützt. Die Schule hat eine hochmotivierte Lehrerschaft und wird in zwei Jahren ein moderner Schulstandort sein. Er fragt, ob eine Nachbeantragung im nächsten Jahr möglich sei.

**Frau Knobloch** meint, grundsätzlich sei eine Nachbeantragung möglich, es müs-

sen aber auch Kapazitäten an Gymnasien für den Übergang von Klasse 6 vorgehalten werden.

**Herr Borowietz** bittet den Ausschuss für Bildung und Sport, die Problematik im Sinne der Stadtentwicklung und der Entwicklung von Schulstandorten zu überdenken.

**Frau Drohla** erinnert an die letzte Sitzung. Die Ausschussmitglieder baten um eine Definition des Begabtenbegriffs.

**Frau Knobloch** verweist auf Veröffentlichungen auf dem Bildungsserver des MBS. Dort kann man ausführliche Informationen erhalten.

**Frau Drohla** erklärt, dass das Brandenburgische Schulgesetz viele Möglichkeiten der individuellen Begabungs- und Leistungsförderung bietet, so dass LuBK nicht nötig seien. Den Übergang von der Grundschule nach Klasse 4 wird ihre Fraktion nicht mittragen.

**Frau Klotz** möchte verstehen, warum die Errichtung von LuBK zu früh, ohne Beschluss des Gesetzes, in Angriff genommen wird. Sie fragt, was wäre, wenn man es um ein Jahr verzögert hätte, bis ein gültiges Gesetz vorliegt.

**Frau Knobloch** verweist auf die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung, die dieses Ziel formuliert. Das Parlament hat sich für den Übergang in die weiterführende Schule nach Jahrgangstufe 4 und Schulzeitverkürzung entschieden. Die Schulgesetznovelle musste dieses Problem aufnehmen. Seit 30.06.06 wird dazu die Diskussion im parlamentarischen Raum geführt.

**Frau Dr. Lotz** möchte wissen, wie die Stadt aktiv werden muss.

**Frau Fischer** informiert, dass man die beschlossene Fassung des Gesetzes erwarte. Es muss einen Änderungsbeschluss zum Errichtungsbeschluss der jeweiligen Schule geben. Dieser wird der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Das kann erst erfolgen, wenn das Gesetz vorliegt.

**Frau Ewers** ergänzt, ihr Kenntnisstand zur Verteilung von LuBK sei der, dass Grundschulstandorte nicht gefährdet werden. Das wurde vom MBS bei der Prüfung der Konzepte berücksichtigt.

**Dr. Steinicke** bedankt sich für die Informationen.

zu 3

**Anliegen der Gesamtschule Peter-Joseph-Lenné**

**Herr Müller** erläutert den Antrag der Gesamtschule Peter Joseph Lenné auf Wiedereinrichtung einer 4. Klasse in der Jahrgangstufe 7.

**Frau Fischer** informiert, dass sich der Fachbereich Schule und Sport im Schreiben vom 26.09.2006 positioniert hat.

**Frau Ewers** erläutert, dass die Talsohle im Schülertal erreicht ist. Jede zusätzliche Klasse an einer Gesamtschule oder an einem Gymnasium gefährdet einen weiteren Oberschulstandort.

**Frau Gülzow** kann dem Ansatz von Herrn Müller nicht folgen. Infolge der Halbierung der Schülerzahlen hat man sich mit dem letzten Schulentwicklungsplan positioniert, um die für wieder ansteigende Schülerzahlen notwendigen Schulstandort-

te im Netz zu halten. In diesem Zusammenhang hat man sich verständigt, die Zügigkeiten der Gesamtschulen und Gymnasien auf 3 sowie der jetzigen Oberschulen auf 2 abzusenken. 4 Klassen an der Lenné-Gesamtschule bedeutete das Aus für eine andere Schule. Wir diskutieren über neue Schulformen der Oberschulen. An Oberschulen können Schüler auch die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe erwerben und sie haben Anspruch auf einen Platz an einer gymnasialen Oberstufe. Auch die Lenné-Gesamtschule wird Seiteneinsteiger von Oberschulen haben. Die Stadt hat sich mit ihrem Schulentwicklungsplan dafür ausgesprochen, alle Schulen über das Schülertal zu führen.

**Dr. Steinicke** lässt den Gedanken diskutieren, den Antrag abzustimmen.

**Frau Knoblich** versteht das Anliegen, meint aber, dass das Problem nur im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zu lösen ist. Heute eine Entscheidung zu treffen wäre unfair, da andere Schulen nicht antragsberechtigt sind. Sie interessiert sich für die Antwort der Verwaltung.

**Herr Klamke** fragt, ob eine Gesamtschule, die ein Jahr keine gymnasiale Oberstufe bilden kann, im folgenden Jahr in eine Oberschule umgewandelt wird.

**Frau Gülzow** erklärt, wenn eine Gesamtschule keine 11. Klassen errichten kann, wird sie im nächsten Jahr eine Oberschule. Es ist aber auch jederzeit möglich, bei steigenden Schülerzahlen, eine Oberschule in eine Gesamtschule umzuwandeln.

**Frau Dr. Lotz** will heute nicht abstimmen. Der Vorschlag sollte im Rahmen der Schulentwicklungsplanung als Problem nicht vergessen werden.

**Dr. Steinicke** schlägt vor, die heutige Problemdarstellung als Anhörung zu betrachten und im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung wieder aufzugreifen.

zu 4

#### **Landeswettbewerb "Jugend musiziert" 2007**

##### **Bezug: Vorlage 04/SVV/0316**

**Prof. Dr. Thiel** informiert über Ziel und Inhalt des Wettbewerbes. Ausgangspunkt ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 05.05.2004 (04/SVV/0316). Auf dieser Grundlage hat sich die Landeshauptstadt Potsdam beim Landesausschuss „Jugend musiziert“ mit Erfolg um die Ausrichtung des Landeswettbewerbs des Landes Brandenburg im Jahre 2007 beworben. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung korrespondiert mit dem Votum des Landesausschusses „Jugend musiziert“ Brandenburg (Protokoll vom 28. März 2004), ab 2007 den Landeswettbewerb im Wechsel zwischen Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus auszutragen. Zudem wurde angeregt, die Jugendorchester der jeweils gastgebenden Kommunen/ Musikschulen in die Gestaltung der Abschlussveranstaltung mit einzubeziehen. „Jugend musiziert“ steht als klangvoller Name für einen deutschlandweiten Wettbewerb, der vom Deutschen Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH (Bonn) getragen wird und in über vier Jahrzehnten zu einer erfolgreichen und kontinuierlichen Unternehmung in der musikalischen Jugendbildung und Begabtenförderung geworden ist. Jahr für Jahr stellt er auf Regional-, Landes- und Bundesebene Tausenden von jungen Musikanten im Alter von 6 – 25 Jahren ein bundesweites Podium zur Verfügung, auf dem sie als Solisten oder im Ensemble ihre musikalischen Leistungen in der Öffentlichkeit zeigen und einer fachkundigen Jury präsentieren können. Während der Regionalwettbewerb (Region West) seit über 10 Jahren in der brandenburgischen Landeshauptstadt durchgeführt wird, wird der **Landes-**

**wettbewerb von Freitag, 23. März bis Samstag, 24. März 2007** zum ersten Mal in Potsdam stattfinden.

Hauptaufgabe des Landesausschusses ist die inhaltliche Vorbereitung des Wettbewerbs und die Begutachtung der Austragungsorte hinsichtlich deren Eignung. Das Organisationsbüro zeichnet verantwortlich für die gesamte organisatorische Vorbereitung des Landeswettbewerbs in Zusammenarbeit mit der Gastgeberstadt und der hiesigen Musikschule. Auf der Grundlage einer bisher nur im Entwurf vorliegenden schriftlichen Vereinbarung zwischen Gastgeberstadt und Landesausschuss werden weitere Leistungen zur Durchführung des Landeswettbewerbs festgeschrieben. Hierzu gehören u.a. Werbemaßnahmen und die Stiftung eines Sonderpreises des Oberbürgermeisters. Unter § 3 Finanzen heißt es des Weiteren: „Die Stadt Potsdam unterstützt die jeweiligen Landeswettbewerbe bis 2012 mit jeweils 5.000 €. Ist Potsdam der Austragungsort (2007 und 2010) beläuft sich der Zuschuss auf 6.000 €.“ Da der SVV- Beschluss jedoch explizit nur die Bewerbung für das Jahr 2007 umfasst, kann die gewünschte Ausrichtung für das Jahr 2010 zunächst nur optional vermerkt werden.

**Herr Falk**, Geschäftsführer des Landesverbandes deutscher Musikschulen Brandenburg, äußert Zufriedenheit darüber, was die Vorbereitung des Wettbewerbes betrifft. Das Hans-Otto-Theater und die Einrichtungen der Schiffbauergasse und der Nikolaisaal stehen zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung ist unkompliziert. Problem ist das rotierende Prinzip. Man brauche für 2010 Sicherheit. Das wurde bei dem Beschluss im Jahr 2004 nicht bedacht. Er steht für Fragen zur Verfügung.

**Frau Lehmann** bittet dem Rotationsprinzip nachzugeben. Der Wettbewerb ist für Schüler und Lehrer sehr wichtig und motivierend.

**Frau Drohla** fragt nach der finanziellen Situation und ob 6.000 € ausreichen .

**Herr Falk** erklärt, dass die Ostdeutsche Sparkasse und der Giroverband den Wettbewerb stark fördern.

**Frau Fischer** schlägt vor, dass die Verwaltung den Antrag für 2010 einbringt.

**Dr. Steinicke** fasst zusammen:

**Die Verwaltung bringt einen Beschluss ein, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2010 um die Ausrichtung des Landeswettbewerbes „Jugend musiziert“ bewirbt.** Damit wäre Sicherheit für die Finanzierung gegeben.

zu 5  
zu 5.1 **Überweisungen aus der SVV  
Projektwerkstatt Lindenstraße 54  
Vorlage: 06/SVV/0567**

**Frau Lehmann** bringt den Antrag ein.

**Frau Fischer** informiert, dass der Antrag im Kulturausschuss mit Änderung dahingehend beschlossen wurde, dass die Berichterstattung in der Märzsitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt.

**Frau Knoblich** fragt nach, ob es ein Projekt der Gedenkstätte oder des Museums ist. Sie möchte wissen, wer Träger der Projektwerkstatt ist.

**Frau Eich**, Leiterin der Projektwerkstatt, stellt die Arbeit ihrer Einrichtung vor, die als Bildungseinrichtung im Land Brandenburg errichtet wurde. Träger der Pro-

jektwerkstatt ist das MBSJ. Die finanzielle und materielle Ausstattung erfolgte durch die Flick-Stiftung. Die Gedenkstätte untersteht dem Potsdam-Museum. Sie selbst ist als Lehrerin dem MBSJ unterstellt. Aufgabe ist es, Lehrerfortbildungen für das Land Brandenburg und Unterricht für Kinder und Jugendliche vor Ort anzubieten. Das Interesse ist stark gestiegen (Schuljahr 2002/03 200 Teilnehmer; Schuljahr 2005/06 3000 Teilnehmer). Es werden auch Zeitzeugen an Schulen vermittelt. In der Voltaire-Gesamtschule hat die Projektwerkstatt einen Arbeitsraum mit 24 Schülerarbeitsplätzen. Das Problem ist die räumliche Situation. Arbeit mit großen Gruppen ist mit Schwierigkeiten verbunden. Die Arbeit vor Ort, im Sinne des Projektes ist nicht möglich. Zukünftig wird die Zusammenarbeit mit der RAA angestrebt, wofür ebenfalls Räumlichkeiten benötigt werden. Sie bittet darum, sich dem Votum des Kulturausschusses anzuschließen.

**Dr. Steinicke** schlägt ebenfalls vor, sich dem Votum des Kulturausschusses anzuschließen.

**Herr Wittenberg**, Bereichsleiter Geschichte und Kunst im Potsdam-Museum, informiert, dass man nach zukunftsfähigen Lösungen sucht. Als langfristiges Ziel wird die Unterbringung der Arbeitsräume der Projektwerkstatt in der Gedenkstätte angestrebt. Als kurzfristige Maßnahme sollte geprüft werden, ob der historische Gerichtssaal wieder auf seine ursprüngliche Größe erweitert werden kann.

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, wie die Schülerprojektwerkstatt "Lindenstraße 54" aus ihrer derzeit unbefriedigenden Infrastruktur herausgeführt und - unter Zugrundelegung des beigefügten Konzeptes - in ihrer Gesamtheit in der Lindenstraße 54 untergebracht werden kann. Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer März Sitzung 2007 zu informieren.**

**Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen dafür einstimmig**

**zu 5.2 Zaun am Luftschiffhafen**

**Vorlage: 06/SVV/0659**

**Frau Knoblich** verweist auf das in der letzten Ausschusssitzung Gesagte. Sie möchte das von der Verwaltung vorgelegte Sicherheitskonzept in der SPD-Fraktion diskutieren, bevor der Antrag im Ausschuss für Bildung und Sport behandelt wird, da sie nicht einschätzen kann, ob es von der Fraktion akzeptiert wird. Sie bittet den Antrag zurückzustellen.

**Die Behandlung der DS 06/SVV/0659 wird bis zur Sitzung am 20.12.2006 zurückgestellt..**

**zu 5.3 Vorläufiges Ergebnis der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP**

**Vorlage: 06/SVV/0850**

**Frau Remann**, Werksleiterin KIS, stellt Vorgehensweise und Ergebnis der Arbeitsgruppe Investitions-Controlling/PPP anhand von Folien vor. Für den Bereich Schule ist Herr Weiberlenn in der AG tätig. Im Ergebnis liegt eine Prioritätenliste, eingeteilt in drei Prioritätenstufen, für 200 Objekte nach Sozialräumen und Gebäudearten vor. Gleichzeitig werden Finanzierungsstrategien vorgestellt.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage**

**06/SVV/0850 zur Kenntnis.**

**zu 5.4 "Public-Private-Partnership" an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten  
Vorlage: 06/SVV/0883**

**Frau Remann** erläutert, dass die Vorlage an den ermittelten Sanierungsbedarf anschließt. Die Landeshauptstadt Potsdam hat einen Leitfaden zum Umgang mit PPP Projekten erarbeitet. Für die Erarbeitung der Mitteilungsvorlage wurden u.a. Ergebnisse der Task-Force zugrunde gelegt. Mit der DS 06/SVV/0850 wurde der quantitative Bedarf ermittelt. Der Sanierungsbedarf für Schulen und Kitas in der Prioritätsstufe 1 beträgt 85 Mio. €. Man müsse sich Gedanken darüber machen, ob dafür Phase II - Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Vorbereitung der Ausschreibung - angesteuert wird.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Entwurf - Leitfaden „PPP an Potsdamer Schulen und Kindertagesstätten“ (Mitteilungsvorlage 06/SVV/0883) zur Kenntnis.**

**zu 5.5 Zwischenbericht Regiebetrieb Luftschiffhafen  
Vorlage: 06/SVV/0878**

**Herr Albrecht**, Leiter Regiebetrieb Luftschiffhafen, erläutert die Vorlage. Der Regiebetrieb wurde mit Beschluss der SVV vom 07.12.2005 errichtet. Der Regiebetrieb Luftschiffhafen hat seine Arbeit entsprechend der Aufgabenstellung der SVV bei laufendem Sportbetrieb übernommen. Darum war es zuerst notwendig, vorhandene Strukturen zu erkennen und zu analysieren, ohne dabei den Sportbetrieb einzuschränken. Ableitend daraus ist ein Ziel, die Zusammenarbeit mit den Nutzern des Luftschiffhafens künftig noch enger zu gestalten. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die weitere Entwicklung des Standortes im städtebaulichen Sinne. Perspektivisch ist vorgesehen, die Bewirtschaftung von Schule, Wohnheim und Mensa auch dem Regiebetrieb zuzuordnen. Schwierig gestaltet sich die Vermarktung des Standortes aufgrund des hohen Anteils von Trainingszeiten für den Leistungssport. Es gab Aktivitäten, die aber noch keine wesentliche Reduzierung des städtischen Zuschuss darstellen. Die HSK – Auflage für 2007 wird erfüllt werden.

**Frau Fischer** ist überzeugt davon, dass die Entscheidung, den Luftschiffhafen als Regiebetrieb zu organisieren richtig war. An der Bündelung der unterschiedlichen Interessen der Nutzer gilt es weiter zu arbeiten.

**Frau Knoblich** hat Nachfragen zur Mitteilungsvorlage. Die Weiterführung als Regiebetrieb bis 2007 müsse ihrer Meinung nach beschlossen werden.

**Frau Fischer** informiert, dass der Bestand des Regiebetriebes zeitlich nicht begrenzt ist. Es ist nur Berichterstattung festgelegt.

**Frau Dr. Lotz** verweist darauf, dass der Regiebetrieb unter dem Druck des HSK gegründet wurde. Sie fragt ob es zu der finanziellen Situation Daten gibt.

**Frau Fischer** informiert, dass man hier eine kostendämpfende Entscheidung getroffen habe. Für 2006 ist das HSK erfüllt. Die Entwicklung der Folgejahre müsse man abwarten.

Dr. A. Steinicke

G. Wildgrube



**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Zwischenbericht Regiebetrieb Luftschiffhafen zur Kenntnis.**

**zu 5.6 Sprachentwicklung und Förderung naturwissenschaftlicher Grundkenntnisse von Kindern im Vorschulalter**

**Vorlage: 06/SVV/0887**

**Dr. Steinicke** begrüßt Frau Fruth, Vertreterin des Jugendamtes.

**Frau Fruth** erläutert die zwei Projekte der Sprachförderung, welche in der Mitteilungsvorlage beschrieben sind.

Es schließen sich Fragen zu Finanzierung, Kooperationen mit Uni und anderen Partnern an.

**Frau Drohla** möchte wissen, wie das Jugendamt absichern kann, dass von den Kitas die Möglichkeiten der Projekte genutzt werden, da Qualitätsstandards des MBSJ empfehlenden Charakter haben.

**Frau Fruth** informiert, dass es durch das Jugendamt eine Ausschreibung gab. Es gab große Resonanz der Kitas an den Fortbildungen teilzunehmen, so dass eine Auswahl getroffen werden musste. 14 Träger sind im ersten Fortbildungskomplex eingebunden. Es wird eine weitere Fortbildung geben. Das Jugendamt hat diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit den Trägern umzusetzen. Der Anspruch der Träger Qualität zu leisten ist sehr hoch.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage 06/SVV/0887 zur Kenntnis.**

**zu 6 Mitteilung der Verwaltung**

**zu 7 Sonstiges**

**Frau Klotz** erinnert daran, dass sich Bildungs- und Finanzausschuss positiv für die Mensa Sportschule positioniert haben. Es sollten 100 T€ bereitgestellt werden. Der schlechte Zustand existiert nach wie vor. Sie fragt nach dem Stand.

**Herr Albrecht** bestätigt, dass 100 T€ zur Verfügung stehen (80 T€ für Dach, 20 T€ für Geschirrspüler, Lüftung, Elektro). Abgeschlossen sind die Instandsetzung der Be- und Entlüftungsanlage, Malerarbeiten und die Reparatur Geschirrspüler. In Absprache zwischen KIS und Bereich Schule wurde entschieden, die Dachsanierung im Zusammenhang mit dem 1. BA (Sanierung Umbau/Küche) durchzuführen, damit keine Doppelarbeiten und doppelte Kosten anfallen. Im Februar ist mit dem Zuwendungsbescheid für den 1. BA zu rechnen. Die 80 T€ stehen im VMH Fachbereich Schule und Sport zur Verfügung.

**Frau Drohla** bittet in der nächsten Sitzung um eine Information zu den umzusetzenden Schülern aus der Marie-Curie-Oberschule. Sie hat Kenntnis davon, dass keine Schule bereit ist, die Vorbereitungsklassen aufzunehmen.

**Dr. Steinicke** sieht den Punkt für die Sitzung am 20.12.2006 vor. Er informiert, dass die Dezembersitzung in der Abendschule und die Januarsitzung im Naturkundemuseum sein werden.

